

Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Präsident wertet politische Rolle der Armee auf

Per Dekret hat Präsident Farooq Leghari am 6. Januar einen Nationalen Sicherheitsrat ins Leben gerufen, was nach übereinstimmender Einschätzung von Beobachtern faktisch einer Beteiligung der Armee an Regierungsaufgaben gleichkommt. Offiziell soll das 'Council for Defence and National Security' (CDNS) genannte Gremium, dem neben dem Präsidenten, dem Premierminister sowie den Verteidigungs-, Außen-, Innen- und Finanzministern auch der Generalstabschef der Armee sowie die Oberbefehlshaber der drei Teilstreitkräfte angehören, die Regierung in sämtlichen Fragen der nationalen Sicherheit lediglich beraten. Kaum jemand glaubt jedoch angesichts der traditionellen machtpolitischen Schlüsselrolle der Armee, daß sich die Zivilisten in diesem Parallelkabinett bei Meinungsverschiedenheiten dem "Ratschlag" der Militärs entziehen könnten. Fazit: Erstmals seit dem Ende der Militärdiktatur im Jahr 1988 übt die bislang vor allem hinter den Kulissen der politischen Bühne wirkende Armeeführung wieder direkt und öffentlich Einfluß auf die zivile Regierung aus.

Ukraine liefert 600 Panzer

Wie erst Mitte Januar nach entsprechenden Berichten der ukrainischen Presse bekannt wurde, hat die mittlerweile abgesetzte Bhutto-Regierung im vergangenen Jahr in der Ukraine 600 fabrikneue Panzer vom Typ T-84 geordert. Das Waffengeschäft hat nach den vorliegenden Informationen ein Volumen von 500 bis 600 Millionen Dollar. Die ersten 15 T-84-Exemplare sollen bereits im März an Pakistan ausgeliefert werden.

IMF: Energiepreise sollen drastisch steigen

Die Gas-, Strom- und Benzinpreise sollen in den kommenden fünf Monaten durch entsprechende Anhebung der Energiesteuern um weitere 25 Prozent steigen. Dies kündigte Shahid Javed Burki, Wirtschaftsexperte in der soeben abgelösten Übergangsregierung, am 1. Februar in einem Interview der englischsprachigen Tageszeitung 'Dawn' an. Diese Maßnahme zur Anpassung der

Energiepreise in Pakistan an das internationale Marktniveau und zur Aufbesserung der Steuereinnahmen sei mit dem Internationalen Währungsfond abgestimmt worden und bleibe auch für die Nachfolgeregierung verbindlich. Andernfalls drohe dem am Rande der Zahlungsunfähigkeit lavierenden Land die endgültige Stornierung eines dringend benötigten Kredits im Volumen von insgesamt 850 Millionen US-Dollar. Der IMF überweist den Kredit in kleinen Raten von jeweils 76 bis 80 Millionen Dollar, was an die Erfüllung von bis ins Detail festgelegter Bedingungen und Voraussetzungen gekoppelt ist. Bis zum Eintreffen der nächsten Tranche Ende April/Anfang Mai muß nach Auskunft von Burki neben den Steuererhöhungen, die rund zehn bis zwölf Millionen Rupien in die leere Staatskasse spülen sollen, auch eine weitere Abwertung der Rupie um 2,5 bis 3,5 Prozent realisiert sein. Aufgrund der enormen finanziellen Belastungen, die solche unpopulären Maßnahmen vor allem für die ärmeren Bevölkerungsschichten mit sich bringen, sagen Beobachter dem neugewählten Premierminister Nawaz Sharif schon bald die erste große politische Bewährungsprobe voraus.

Prominenter Islamisten-Chef bei Bombenattentat getötet

Bei einer schweren Bombenexplosion auf dem Gelände eines Gerichtsgebäudes im Zentrum der punjabischen Millionenmetropole Lahore sind am 18. Januar 26 Menschen getötet und mehr als 70 weitere verletzt worden. Der mit Hilfe eines an einem Motorrad versteckten und ferngezündeten Sprengsatzes begangene Anschlag galt offenbar der Führungsspitze der sunnitischen militant-islamistischen Kaderpartei 'Sipah-i-Sahaba Pakistan' (SSP), die zum Zeitpunkt der Detonation umringt von zahlreichen Polizisten und Journalisten gerade den Justizpalast betreten wollte. Der berühmt-berüchtigte SSP-Chef Ziaur Rehman Farooqi, dem die Verantwortung für zahlreiche Mordanschläge gegen Aktivisten und Führer einer schiitischen Konkurrenzorganisation zur Last gelegt wurden, war auf der Stelle tot. Sein ebenso bekannter Stellvertreter Azam Tariq, der bis vor kurzem in der punjabischen Provinzregierung einen Posten bekleidete, überlebte schwer verletzt. In Reaktion auf den Mord an Fa-

rooqi kam es in der gesamten Provinz zu gewalttätigen Ausschreitungen von SSP-Sympathisanten, wobei mehrere schiitische Gebetsstätten beschädigt und beschossen wurden. Am folgenden Tag stürmte eine aufgebrachte Menschenmenge das Iranische Kulturzentrum in Lahore. Das an der Renommiermeile "The Mall" gelegene Gebäude, in dem unter anderem eine wertvolle Bibliothek untergebracht war, brannte dabei nieder. Die anwesenden starken Polizeivebände griffen nach Berichten pakistanischer Journalisten nicht ein. Teheran protestierte daraufhin gegenüber der pakistanischen Regierung in ungewöhnlich scharfer Form gegen das Verhalten der Behörden.

Auslöser für den Volkszorn: Azam Tariq hatte vom Krankenbett aus gegenüber Gefolgsleuten den iranischen Generalkonsul in Lahore sowie den iranischen Botschafter in Islamabad beschuldigt, in den Bombenanschlag vor dem Gerichtsgebäude verwickelt zu sein.

Die Polizei meldete unterdessen die Verhaftung eines Tatverdächtigen, der der militant-schiitischen 'Tehrik-e-Nifaz-e-Fiqah-e-Jafria' (TNFJ) angehören soll. Nach einem zweiten namentlich bekannten Verdächtigen wird noch gefahndet. SSP und TNFJ tragen schon seit mehr als zehn Jahren einen blutigen Terrorkrieg aus, der allerdings in jüngster Zeit eskaliert. Allein seit Januar 1996 fielen der Fehde der religiösen Milizen auf beiden Seiten mehr als hundert Menschen zum Opfer. Um im Umfeld der Parlamentswahlen vom 3. Februar weiteres Blutvergießen zu verhindern, sagten die Behörden in den beiden Distrikten, in denen der ermordete Farooqi für die Nationalversammlung kandidierte, die Wahl ab. Azam Tariq konnte seinen Wahlkreis mit einem Ticket der 'Pakistan Muslim League' (PML) gewinnen und gehört damit dem neuen Bundesparlament an.

Neue ILO-Zahlen zur Kinderarbeit

Wie aus einem am 12. Januar veröffentlichten Bericht der 'International Labour Organization' (ILO) hervorgeht, arbeiten allein in der punjabischen Industriestadt Sialkot mindestens 14.700 Kinder im Alter zwischen fünf und 14 Jahren. Hauptarbeitgeber für Minderjährige sind in dem bedeutenden Sportartikelzentrum laut Studie der UN-Unterorganisation mit insgesamt 7.000 beschäftigten Kindern Betriebe, die in

Handarbeit Lederfußbälle herstellen. Auch die an diesem Standort ansässigen Produzenten chirurgischer Instrumente setzen demnach mehrere tausend Kinderarbeiter ein. Der Durchschnittsverdienst liegt nach ILO-Recherchen bei umgerechnet 33 bis 48 Mark monatlich. Bereits im Oktober letzten Jahres hatte die ILO zum Thema Kinderarbeit in Pakistan eine Dokumentation vorgelegt, wonach landesweit rund 3,6 Millionen Minderjährige ganztags erwerbstätig sein sollen. Die inzwischen abgelöste Interimsregierung reagierte auf die Ergebnisse der ILO-Experten mit der nicht näher präzisierten Ankündigung, entsprechende Schritte gegen die Kinderbeschäftigung einleiten zu wollen. Eigentlich hatte sich Pakistan schon 1990 hierzu verpflichtet, als die damalige Regierung die UN-Konvention zur Abschaffung der Kinderarbeit unterzeichnete. Repräsentanten sämtlicher Regierungen haben jedoch seitdem argumentiert, daß dieses Problem in Pakistan aufgrund der weitverbreiteten Armut und des Analphabetentums nicht völlig zu lösen sei.

Pakistan war 1996 im Umfeld der Olympischen Spiele von Atlanta nach Medienberichten über Kinderarbeit in der weltweit exportierenden pakistanischen Sportartikelindustrie in das Kreuzfeuer der Kritik amerikanischer Menschenrechtler und Politiker geraten (siehe dazu auch 'Südasiens', 7-8/96).

Chinesischer Kernreaktor geht vorzeitig ans Netz

China will die Bauarbeiten am 300 Megawatt-Atomkraftwerk von Chasma spätestens zum Jahresende abschließen. Das geht aus entsprechenden Agenturmeldungen vom 13. Januar hervor. Damit steht einer vorgezogenen Inbetriebnahme des Kraftwerks, das nach pakistanischen Angaben ausschließlich zur Stromerzeugung dienen soll, nichts im Weg. Ursprünglich war die Fertigstellung des rund 190 Kilometer südwestlich von Islamabad am Indus gelegenen Reaktors erst für 1998 geplant.

Die enge Kooperation Chinas mit Pakistan auf nukleartechnischem Gebiet ist insbesondere von den USA wiederholt kritisiert worden. Washington befürchtet, daß Pakistan die von China gelieferte Atomtechnologie für den Bau von Nuklearwaffen zweckentfremden könnte. Der Bau des Kraftwerks Chasma wird seit 1993 von internationalen Beobachern überwacht.

Zehn Tonnen Drogen sichergestellt

Pakistanische Drogenfahnder haben am 26. Januar in der Hafenmetropole Karachi zehn Tonnen Haschisch beschlagnahmt. Wie ein Sprecher der zu-

ständigen Behörde gegenüber Journalisten berichtete, wurde das Drogendepot in einem Haus in der Nähe des Flughafens entdeckt. Das Rauschgift mit einem Straßenverkaufswert von umgerechnet rund 16 Millionen Mark sollte offenbar nach Europa und in die USA verschifft werden. Karachi gilt seit mehr als zehn Jahren als Hauptschlagplatz für die Drogenexporte des sogenannten "Goldenen Halbmondes", der die unzugänglichen Grenzgebiete Pakistans, Irans und Afghanistans umfaßt.

Bombenanschlag auf Bus

Bei einem Bombenattentat auf einen vollbesetzten Linienbus sind am 27. Januar in der 'North-West Frontier Province' (NWFP) drei Passagiere getötet und neun weitere verletzt worden. Nach Polizeiangaben detonierten in dem Fahrzeug im Abstand von wenigen Minuten zwei Sprengsätze. Der Anschlag ereignete sich in Parachinar, dem Verwaltungszentrum des Distrikts Kurram, an der Grenze zu Afghanistan. Stadt und Umgebung waren im vergangenen Jahr Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen zwischen Schiiten und Sunniten, wobei innerhalb einer Woche mehr als 200 Menschen getötet wurden. Um nach dem neuerlichen Terrorakt wenige Tage vor den Parlamentswahlen vom 3. Februar ein Aufflammen der Gewalttaten zu verhindern, sagten die Behörden den Urnengang im Distrikt kurzfristig ab. Zu einem geeigneten Zeitpunkt sollen Nachwahlen stattfinden.

Schweres Giftgasunglück in Lahore

Eine Chlorgaswolke hat am 9. Januar in der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore nach offiziellen Angaben 30 Menschen getötet. 900 weitere Opfer mußten mit zum Teil lebensgefährlichen Vergiftungserscheinungen in Krankenhäusern behandelt werden. Die Chemikalie war nach Ermittlungen der Behörden aus beschädigten Gasbehältern entwichen, die ein LKW beim Überqueren eines Bahnübergangs verloren hatte. Die Bewohner des vom Unglück betroffenen dichtbevölkerten Stadtviertels liefen nach Augenzeugenberichten in Panik aus ihren Häusern, wo viele bewußtlos liegenblieben. Auch zahlreiche Tiere verendeten durch das Gas. Da sich verängstigte Polizisten weigerten, den Opfern zu Hilfe zu eilen, wurden mit Schutzmasken ausgerüstete Einheiten der Armee in das Katastrophengebiet geschickt. Trotz der angekündigten Schmerzensgeldzahlungen an die Hinterbliebenen von Opfern formierte sich unterdessen Protest gegen die Behörden. Zu den Forderungen der Anwohner gehört unter anderem ein Transport-

stopp für gefährliche Güter durch ihr Wohngebiet, das häufig von Trucks auf dem Weg zu einer nahegelegenen Chemiefabrik frequentiert wird.

29 Tote nach Konsum von gepanschem Schnaps

Nach dem Konsum von schwarzgebranntem Alkohol sind am 21. Januar in einem Slum der südpakistanischen Stadt Hyderabad mindestens 29 Menschen gestorben. Wie die amtliche Nachrichtenagentur APP meldete, mußten zwölf weitere Opfer mit zum Teil schweren Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Wie Ermittlungen ergaben, hatten die betroffenen Männer im Alter zwischen zwölf und 70 Jahren zum während des Fastenmonats Ramadan üblichen Festessen nach Sonnenuntergang verschnittenen Zuckerohrschnaps getrunken, den ein Schwarzhändler des Viertels selbst hergestellt hatte. Offiziell ist Alkohol in der Islamischen Republik für Muslime tabu. Dennoch blüht der Schwarzmarkt: Während Wohlhabende ihren Bedarf an Hochprozentigem mit eingeschmuggelten und entsprechend teuren Markenprodukten decken können, sind Ärmere auf die heimischen Billigerzeugnisse illegaler Brennereien angewiesen.